



FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG

*"Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung
verträglich sind mit der Permanenz echten
menschlichen Lebens auf der Erde"*

- Hans Jonas



PRÄAMBEL

Weltweit wird die Zukunft unserer und künftiger Generationen innerhalb des globalen Ökosystems aufgrund der existenziellen Bedrohung durch die Klimakrise gefährdet. Die Häufung von Wetterextremen, Dürren und Überschwemmungen sind nicht mehr schau- rige Zukunftsszenarien, sondern bereits bittere Realität für immer mehr Menschen und Regionen. Und obwohl uns nach breitem wissenschaftlichen Konsens nur noch sehr we- nig Zeit bleibt, um eine stärkere globale Erwärmung mit schlimmsten Auswirkungen zu verhindern, geschieht auf politischer Ebene weiterhin viel zu wenig, um das Klima und die Ökosysteme auf diesem Planeten schützen, sodass eine lebenswerte Zukunft für uns und alle nachfolgenden Generationen ermöglicht werden kann.

Aus diesem Grund fordert Fridays For Future Brandenburg auf allen politischen Ebenen die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens sowie des 1,5-Grad-Ziels. Die Poli- tik muss nachhaltig und zukunftsorientiert in Verantwortung für zukünftige Generationen handeln. Klimagerechtigkeit darf nicht länger vernachlässigt werden.

Außerdem fordert Fridays For Future Brandenburg die Landesregierung und die Ab- geordneten des brandenburgischen Landtags dazu auf, endlich konsequent nach ihren verfassungsrechtlichen Pflichten, also dem Artikel 20a des Grundgesetzes und dem Artikel 39 der brandenburgischen Landesverfassung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

Um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten und die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu be- grenzen, müssen Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit gegenüber allen anderen Interessen höchste Priorität haben. Politische Entscheidungen sind in Verantwortung für kommende Generationen zu treffen. Die Gesellschaft und Politik von heute darf nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben. Eine Abkehr vom politischen und wirtschaftlichen Dogma des stetigen Wachstums und eine Hinwendung zum Wirtschaf- ten innerhalb der planetaren Grenzen muss zum Leitbild einer zukunftsorientierten Politik werden.

Dabei ist es uns als Bewegung wichtig, dass der nötige Wandel unter ökologischen und sozialen Aspekten gerecht gestaltet wird. Soziale Aspekte müssen in die Diskussionen und Entscheidungen einbezogen werden, ohne Ökologie und Soziales gegeneinander auszuspielen.

Dazu konkrete Pläne vorzulegen, adäquate Maßnahmen zu entwickeln und in Gesetzen zu verankern, ist Aufgabe der Regierung.

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG

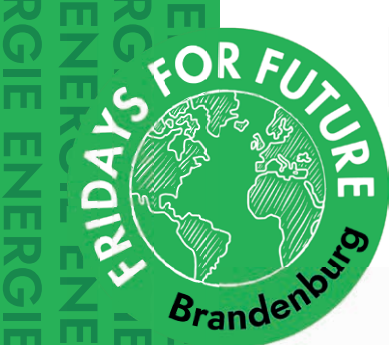
1. SEKTORÜBERGREIFEND



Bild: Boy Ibisch

WIR FORDERN:

1. Die Vorlage eines Klimaschutzkonzepts der Landesregierung im Jahr 2020, das wirksam und effizient das Erreichen einer Klimaneutralität des Landes Brandenburg bis 2035 ermöglicht. Dies umfasst folgende Punkte:
 - a. Das Klimaschutzkonzept muss eine umfassende Weiterentwicklung der bisher lange nicht ausreichenden "Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg" darstellen. Dazu gehört die Formulierung von quantitativen und kurz- sowie langfristig verbindlichen Zielen zum Klimaschutz sowie zum Schutz von Ökosystemen.
 - b. Es gilt, geeignete Wirkungsindikatoren zu identifizieren, mit denen die Veränderungen in den Zielsystemen beobachtet werden.
 - c. Bei der Erarbeitung sollen die vorliegenden Forderungen von Fridays For Future Brandenburg Richtlinien setzen.
 - d. Zur Umsetzung des Konzepts sind alle zwei Jahre umfassende Fortschrittsberichte vorzulegen. Wirkungsindikatoren und andere Kennzahlen sind jährlich zu aktualisieren.
2. Die Einrichtung eines wissenschaftlichen Klimabeirates der Landesregierung.
 - a. Dieser Klimabeirat soll aus Vertreter*innen der Wissenschaft gebildet werden. In seiner Funktion, regierungsintern und öffentlich Empfehlungen auszusprechen, soll der Beirat für die Landesregierung und damit auch für alle Ministerien zuständig sein. Die Auswahl der Beiratsmitglieder ist vom Landesumweltministerium vorzuschlagen und durch das Brandenburgische Landespaplament zu bestätigen. Dabei sind das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK), das Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS), die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, und das Deutsches Geoforschungs Zentrum Potsdam (GFZ) mit festen Plätzen, deren individuelle Besetzung von den Einrichtungen bestimmt werden, zu berücksichtigen.
3. Dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine jährlich ansteigende CO₂- Steuer einsetzt, die sehr schnell inflationsbereinigt 180 Euro pro Tonne CO₂ (-Äquivalent) erreicht.



FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG 2. ENERGIE

Aufgrund der hohen brandenburgischen Treibhausgasmissionen, vor allem durch die Kohlekraftwerke, hat Brandenburg eine besonders hohe Verantwortung, wirksamen Klimaschutz zu leisten. Die Verwendung von Braunkohle zur Strom- und Wärmeherzeugung ist besonders klimaschädlich. Dennoch deckt dieser Energieträger immer noch knapp 48% der Primärenergie in Brandenburg (Stand 2016) ab. Kraftwerke in Brandenburg sind für jährlich 42,6 Mio. Tonnen CO₂ verantwortlich, was 75% der Gesamtemissionen des Landes darstellt. Nicht allein durch Eigennutzung, sondern vor allem auch durch den Export von Strom in andere Bundesländer und Nachbarstaaten sind die Pro-Kopf-Emissionen in Brandenburg ebenfalls unverhältnismäßig hoch. Bereits seit Jahren pendeln die jährlichen Gesamtemissionen um 60 Mio. Tonnen CO₂. Die Klimaschutzmaßnahmen der Landesregierung haben hier kaum zu nennenswerten Veränderungen geführt. Brandenburg besitzt damit nicht nur eine große Verantwortung, sondern auch ein gewaltiges Potential, mit bestem Beispiel voranzugehen und die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft umzusetzen. Doch wirksamer Klimaschutz im Energie- und Industriebereich kann nur durch ein effektives Maßnahmenpaket erfolgen.

WIR FORDERN:

1. Eine 100% erneuerbare Energieversorgung Brandenburgs bis 2035. Das bedeutet, dass auch die Energie für Verkehr und Wohnen bis dahin aus erneuerbaren Energien generiert werden muss.
2. Die Entwicklung eines Plans für den schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2030.
 - a. Dieser Plan ist bis spätestens Ende 2020 zu entwickeln.
 - b. In diesen Plan sind die erforderlichen strukturellen Maßnahmen zu integrieren.
 - c. Sämtliche Projekte des Strukturwandels sind auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen.
 - d. In dem Plan müssen Zwischenziele zur Erreichung des Kohleausstiegs bis 2030 formuliert werden. Das Kraftwerk Jänschwalde ist innerhalb der nächsten Legislaturperiode (spätestens 2024) abzuschalten.
 - e. Dabei ist sicherzustellen, dass die Betreiber der Tagebaue genügend Rücklagen für die Renaturierung und Rekultivierung gesichert bereithalten.
3. Eine schnelle Festlegung von geeigneten Flächen zum zügigen Ausbau der Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen.
 - a. Die Festlegung soll in Abstimmung mit den jeweiligen Gemeinden erfolgen.
 - b. Dabei ist vor allem auf Flächen in den ehemaligen Braunkohlegebieten zurückzugreifen.
4. Die Unterstützung der Landesregierung für ein Repowering von Windenergieanlagen und die Schaffung der dafür notwendigen Voraussetzungen in der Landes- und Regionalplanung.

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG 2. ENERGIE

5. Den schnellen Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie auf Dachflächen.
 - a. Bis 2027 sollen 80% der kommunalen Gebäude mit Photovoltaik und Solarthermieanlagen ausgestattet werden. Dazu ist 2020 ein Konzept mit Zeitplan vorzulegen.
 - b. Für Unternehmen sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine Installation von PV-Anlagen zur Nutzung des eigenerzeugten Stroms rentabel machen (bei einer Amortisationsdauer von 5 Jahren).



Bild: Tobias Möritz

BEGRÜNDUNG:

Erneuerbare Energien decken erst 14% des gesamten Primärenergiebedarfs in Deutschland. Damit Deutschland überhaupt klimaneutral werden kann, muss die Leistung der erneuerbaren Energien schnellstmöglich vervielfacht werden. Die mit Abstand größte Bedeutung haben dabei die Photovoltaik und Windkraft. Verschiedene Studien gehen davon aus, dass rund 2% der Landesfläche Deutschlands für die Errichtung von Windparks genutzt werden müssen. Hinzu kommen noch ausreichende Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen, die voraussichtlich weniger als 1% der nationalen Landesfläche betragen müssen. Flächenländer wie Brandenburg haben hierbei eine besonders große Bedeutung. Der Ausbau der Windkraft und der Photovoltaik ist in Deutschland auf ein besorgniserregend niedriges Niveau geschrumpft. Mit dem derzeitigen Zubau sind alle Klimaschutzziele in Deutschland unerreichbar. Zum einen wurden die Rahmenbedingungen für den Ausbau auf Bundesebene in den letzten Jahren erheblich verschlechtert, zum anderen wird es immer schwieriger, geeignete Flächen für solche Projekte zu finden. Darum müssen in Brandenburg in Abstimmung mit den Gemeinden sehr zügig geeignete Flächen ausgewiesen werden. Besonders sinnvoll wäre es, große Flächen im Umfeld der jetzigen Braunkohletagebaue Gebiete auszuweisen. Dies kann ein wichtiger Beitrag zum Strukturwandel in der Lausitz sein, da die Planung, Errichtung und der Betrieb großer Parks neue zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region schaffen wird. Außerdem gibt es an den Standorten der Kohlekraftwerke ausreichende Leitungskapazitäten für die Aufnahme großer Leistungen regenerativer Anlagen, die durch den Kohleausstieg frei werden und genutzt werden können.

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG 3. VERKEHR

Im Land Brandenburg ist der Verkehrssektor für 10,5 % der CO₂-Emissionen verantwortlich. Im Vergleich zu 1990 haben sich die CO₂-Emissionen um fast 80% auf 5,9 Millionen Tonnen pro Jahr gesteigert, ein Trend, der jetzt dringend umgedreht werden muss.

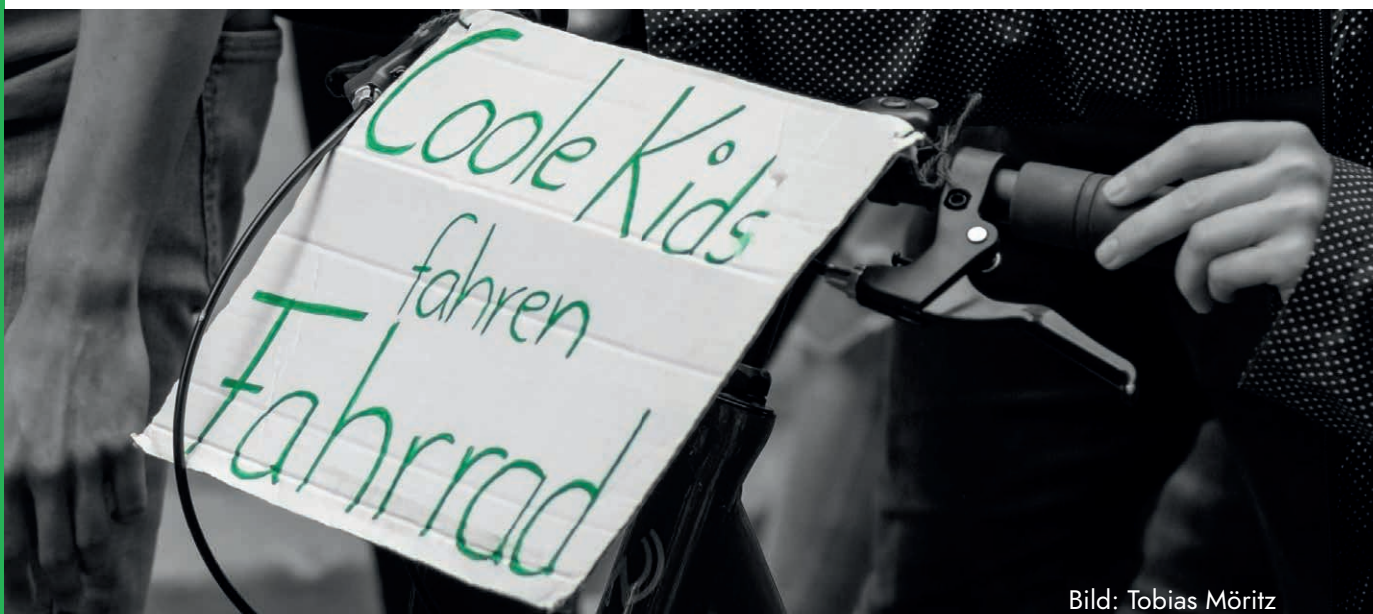


Bild: Tobias Möritz

WIR FORDERN:

1. Einen massiven Ausbau des Angebots an öffentlichem Nah- und Regionalverkehr in Brandenburg und Stärkung seiner Attraktivität.
 - a. Erhöhung des Angebots auf den bestehenden Regionalverkehrsstrecken.
 - b. Wiederinbetriebnahme der Strecken, die nach der Wende stillgelegt wurden. In Berlin und Brandenburg müssen 250 km brachliegende Bahnstrecken reaktiviert werden sowie deren Elektrifizierung umgesetzt werden.
 - c. Bei der Ausschreibung von Aufträgen an private Unternehmen ist darauf zu achten, dass diese ihren Strom zu 100% aus erneuerbaren Energien beziehen.
 - d. Kostenloses ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende, unabhängig von Wohnort und Ausbildungsstätte.
2. Eine Verkehrspolitik, die die Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs beendet und stattdessen den Radverkehr und ÖPNV an erste Stelle setzt.
 - a. 50 Millionen Euro Investitionen jährlich für die kommenden 10 Jahre, um Radinfrastruktur zu erhalten, aus- und neu zu bauen.
 - b. Vom Autoverkehr baulich abgetrennte Fahrradwege von in der Regel mindestens 2m Breite, die zusammen ein durchgängiges und barrierefreies Radverkehrsnetz bilden.

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG 3. VERKEHR

3. Ein Moratorium für den weiteren Ausbau des Straßenverkehrsnetzes in Brandenburg (Neubau und Erweiterungen).
4. Eine zwingende Vorgabe für die Fuhrparks der landeseigenen und kommunalen Flotten, die die Beschaffung von Dienstwagen, Nutzfahrzeugen und Bussen mit alternativen Antrieben zur Regel macht.
 - a. Die Beschaffung verbrennungsmotorischer Fahrzeuge bedarf eines Antrags auf eine Ausnahmegenehmigung, wenn keine Fahrzeuge mit alternativen Antrieben verfügbar sind. Dies ist durch den Antragsteller nachzuweisen.

BEGRÜNDUNG

Ein wichtiger Hebel, um die Emissionen des Personenverkehrs zu reduzieren, ist eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zu Gunsten der öffentlichen Verkehrsträger. Dies ist in einem Flächenland deutlich schwieriger als etwa in Städten. Dennoch gilt auch hier: Das Verhalten der Menschen richtet sich nach der Attraktivität der verfügbaren Verkehrsträger. Daher muss der weitere Ausbau des Straßenverkehrsnetzes (Neubau und Erweiterungen) sofort eingefroren werden. Auf der anderen Seite muss das Regional- und Nahverkehrsangebot deutlich verbessert werden.

Die öffentlich finanzierten Fahrzeugflotten sind ein Aushängeschild von Landes-, Kreis- und kommunalen Verwaltungen. Sie müssen emissionsfrei fahren und mit erneuerbarer Energie geladen werden.



Bild: Tobias Möritz

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG

4. BAUEN UND WOHNEN

In Deutschland, wie auch weltweit, ist der Bausektor einer der Hauptverursacher für den enormen Ressourcen- und Energieverbrauch.

Im Rahmen einer 100% erneuerbaren Energieversorgung muss die Energie für Wohnen und Heizen bis 2035 klimaneutral bereitgestellt werden.

Der Energieverbrauch des deutschen Bausektors – Herstellung der Baustoffe, Materialtransport, Errichtung des Bauwerks, Betrieb (einschl. Heizen) sowie Abbruch und Entsorgung – beträgt 40% des deutschen Gesamtenergieverbrauchs (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014). Hierzulande werden die meisten Häuser aus Beton errichtet. Dabei verursacht die Herstellung von Zement (Bindemittel des Betons) erhebliche CO₂-Emissionen. Neben einer höheren Effizienz beim Heizen müssen deshalb auch der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen der gesamten Produktionskette berücksichtigt werden, von der Produktion der Baustoffe bis zur Entsorgung. Alternativen zum klimaschädlichen Beton, wie zum Beispiel Holz, sollten verstärkt erforscht und ebenfalls als Baustoff in Betracht gezogen werden.

Um ein Netto-Null an Treibhausgasemissionen bis 2035 erreichen zu können, muss nicht nur der Primärenergiebedarf, vor allem durch energetische Sanierung, sondern auch die gesamte CO₂-Bilanz (von der Produktion der Baustoffe bis zur Entsorgung bzw. des Recyclings des Bauwerks) auf ein Minimum reduziert werden.

Bild: Boy Ibisch



FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG

4. BAUEN UND WOHNEN

WIR FORDERN:

1. Die Erhöhung der energetischen Sanierungsrate auf 4,2% pro Jahr.
2. Die Entwicklung eines Maßnahmenplans, der die gesamte CO₂-Bilanz der Gebäude, von der Produktion der Baustoffe bis zur Entsorgung, auf ein Minimum reduziert und dabei alternative Baustoffe miteinbezieht.
3. Die Zunahme der Flächenversiegelung bis zum Ende der Legislaturperiode auf 0 zu bringen.
 - a. Entwicklung eines Konzepts gegen Zersiedlung und zur degressiven Reduzierung des Flächenverbrauchs. Das Konzept ist 2020 vorzulegen und muss kurzfristige Zwischenziele enthalten.
 - b. Entwicklung und Implementierung von Sofortmaßnahmen, u.a. durch geringere Flächenzuweisungen durch die öffentliche Hand.

BEGRÜNDUNG

AD 1. Ein Großteil der Energie der Gebäude geht dadurch verloren, dass nur ca. 35% der Hüllflächen aller deutschen Gebäude modernisiert sind (IWU 2018). Um diese gesamte Fläche (95%), bis auf Gebäude mit Dämmrestriktionen (5%), bis 2050 zu sanieren, ist laut Studien der BDI (2018) und der Agora Energiewende (2018) durchschnittlich eine energetische Sanierungsrate von 2,1% p. a. nötig, derzeit liegen wir bei 1% p.a. (BBSR 2016). Um einen Beitrag zur Erreichung des 1,5 –Grad-Ziels zu leisten, ist jedoch schon bis 2035 eine Sanierung von 95% aller Hüllflächen zu erreichen, dazu muss Brandenburg die energetische Sanierungsrate auf 4,2% p. a. erhöhen. So kann bis 2035 eine Heizwärmereduktion von 58% erreicht werden (Agora 2018).

AD 2. Industrieprozesse, bei denen die Stahl- und Zementherstellung Haupttreiber der CO₂-Emissionen sind, machen 7% der deutschen Treibhausgasemissionen aus (UBA 2019). Es reicht also nicht aus, nur die Emissionen während des Betriebs der Gebäude zu verringern, es müssen auch die CO₂-Emissionen reduziert werden, die zur Herstellung von Baustoffen anfallen.

AD 3. Versiegelte Flächen fehlen als Lebensräume für Tiere und Pflanzen und beeinträchtigen die Biodiversität. Auch sind diese Räume der Nutzung zur Naherholung und Regenwasserversickerung entzogen. Trotzdem werden in Deutschland immer noch täglich ca. 60 Hektar neue Siedlungs- und Verkehrsflächen ausgewiesen. Die Erde hat nur eine begrenzte Landfläche, deshalb ist es völlig klar, dass der andauernde Zuwachs des Flächenverbrauchs so nicht weitergehen kann und mittelfristig auf 0 gebracht werden muss.



Bild: Tobias Möritz

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG 5. ÖKOSysteme

Lokale Ökosysteme sind Teil des globalen Beziehungsgefüges, das unser aller Leben ermöglicht. Aufgabe der Landesregierung ist es, dem Brandenburgischen Naturschutzgesetz folgend, insbesondere naturnahe Ökosysteme zu erhalten sowie im besonderen Maße degradierte Ökosysteme zu renaturieren. Das Brandenburgische Naturschutzgesetz macht unmissverständlich deutlich, dass die Landesregierung Natur und Landschaft schützen, pflegen und, wenn erforderlich, auch wiederherstellen muss.

Wälder bieten eine Vielzahl von für die Menschen wichtigen Ökosystemdienstleistungen. Vor allem klimaregulierende Eigenschaften, wie zum Beispiel Kohlenstoffbindung, sind von Bedeutung. In den Wäldern Deutschlands, also in der ober- und unterirdischen Biomasse einschließlich des Humus im Waldboden, sind ungefähr 2,5 Mrd. Tonnen Kohlenstoff gespeichert. Das bedeutet eine Speicherung von durchschnittlich 225 t/ha. Des Weiteren haben Wälder durch z.B. wasserspeichernde Elemente wie Totholz eine mikroklimatisch ausgleichende Wirkung auf Temperatur und Feuchteschwankungen.

Moore zählen zu den effektivsten natürlichen Kohlenstoffspeichern. Weltweit machen sie lediglich 3% der Landesfläche aus, doch speichern doppelt so viel Kohlenstoff wie alle Wälder zusammengekommen. Dem entgegenwirkend stellen entwässerte und damit degradierte Moore große Treibhausgasquellen dar. Als Folge von landwirtschaftlicher Nutzung und klimatischer Veränderungen führt Entwässerung dazu, dass Sauerstoff in die Torfe eindringt und neue Torfakkumulation verhindert. Dadurch wird CO₂ nicht mehr gespeichert, sondern freigesetzt.

WIR FORDERN:

1. Dass innerhalb der nächsten Legislaturperiode gesetzliche Vorgaben hin zu klimawandelresilienten Laub(misch)wäldern entwickelt werden müssen. Diese müssen einschließen:

- Die Verpflichtung zur Naturverjüngung des Waldes bzw. zum Waldumbau auf 50% der privaten Waldflächen und 100% der Landeswaldfläche hin zu natürlichen Laub(misch)wäldern.*
- Das Verbot von Großschirmschlägen und Kahlhieben jeglicher Größe auch nach Schadereignissen, damit einhergehend die Verpflichtung zur Einzelbaumentnahme.*
- Die Umsetzung eines angemessenen Wildtiermanagements, welches die natürliche Verjüngung aller heimischen Baumarten ermöglicht. Förderung der Strukturvielfalt, der Erhöhung des Totholzanteils und des verstärkten Holzvorratsaufbaus.*
- Einen verpflichtenden Rückegassenabstand von mindestens 80 Metern und eine Reduktion der Befahrung.*
- Ausweisung von Flächen für die standortgerechte Wiederaufforstung, diese muss die Möglichkeiten zu natürlicher Sukzession einschließen.*

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG 5. ÖKOsysteme

2. Die Renaturierung und den effektiven Schutz von Mooren, die im Rahmen der Machbarkeitsstudie zum Moorschutz von 2013 mindestens mit einem hohen Renaturierungspotential eingestuft sind.

a. Dies schließt den angemessenen Schutz und damit den Verzicht auf die Nutzung der Moore und der umgebenden Pufferzonen ein.

3. Die Prüfung, ob es zu den derzeitigen Genehmigungen für die Betreibung der Tagebaue in Brandenburg Gutachten zur Umweltverträglichkeit gibt und ob diese Gutachten auf einem aktuellen Stand sind.

a. Die Gutachten sollen veröffentlicht werden. Sofern eine vollständige Veröffentlichung rechtlich nicht möglich sein sollte, sind die Angaben zu Treibhausgasemissionen und Klimawandel und zum Verlust von Ökosystemen vollständig und wortwörtlich zu veröffentlichen.

Bild: Tobias Möritz



FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG 5. ÖKOSYSTEME

BEGRÜNDUNG

AD 1 (WÄLDER): Die Kohlenstoffbindung der Wälder variiert vor allem in Abhängigkeit des Alters des Waldes, von den Bewirtschaftungs- und Nutzungsformen, der Dichte der stehenden Bäume sowie der Menge des Totholzes, der Strukturvielfalt, der Ungestörtheit der Bodenentwicklung und des Grundwasserstandes. Daher ist es wichtig, eine ökologische Waldwirtschaft zu etablieren. Wie die aktuellen Schäden aufgrund von Dürre, Stürmen, Waldbränden und Borkenkäfern verdeutlichen, ist es außerdem wichtig, die Wälder an die Folgen des Klimawandels anzupassen (z.B. BDF 2019, Loew et al 2019). Dabei sind diese aktuellen Schäden durch Monokulturen und falsche Bewirtschaftung begünstigt (z.B. Alt et al 2019). Vor allem in Brandenburg muss priorisiert werden, den Waldumbau von Kiefernmonokulturen zu Laubmischwäldern voranzutreiben, unter anderem, um der Gefahr von Waldbränden besser gegenüberzutreten zu können.

AD 2 (MOORE): Im Jahr 2010 wurde in einem Forschungsvorhaben ermittelt, dass die Moore in Brandenburg rund 188 Millionen Tonnen organischen Kohlenstoff speichern (Zeitz et al 2010). Dabei wurde von insgesamt 211.000 Hektar an Mooren in Brandenburg ausgegangen. Das Umweltministerium (MLUL 2015) gibt jedoch an, es seien nur noch 160.000 ha von Mooren bedeckt. Dies mag auch an unterschiedlichen Berechnungsmethoden liegen, jedoch wird deutlich, dass die hiesigen Moore unter Druck stehen. Hinzu kommt, dass sich lediglich 2% der Moore in einem naturnahen Zustand befinden (Landgraf 2010). Die degradierten Moore in Brandenburg sind für jährlich 6,6 Mio. Tonnen CO₂ Emissionen verantwortlich; ein Wert, der bereits über dem des Verkehrssektors liegt. Das Problem wurde zwar bereits grundsätzlich erkannt (z.B. Landeshauptstadt Potsdam 2013, MLUL 2015), doch jetzt muss es oberste Priorität haben, möglichst großflächig die degradierten Mooregebiete zu renaturieren, um die CO₂-Freisetzung einzudämmen.



FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG

6. LANDWIRTSCHAFT

Weltweit verursachen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und andere Landnutzungsaktivitäten rund 13% der CO₂-Emissionen, 44% der Methanemissionen (CH₄) und 82% der Lachgasemissionen (N₂O) aus menschlichen Aktivitäten (Zeitraum 2007-2016). Dies entspricht 23% der anthropogenen Treibhausgasemissionen (IPCC 2019).

Da Deutschland in relevantem Umfang Lebensmittel und Futtermittel importiert, werden vom hiesigen Konsum und der nationalen Fleischproduktion diese weltweiten Emissionen mitverursacht. Problematisch an der herkömmlichen landwirtschaftlichen Praxis ist vor allem die exzessive Massentierhaltung. Die ungebremsste Nachfrage nach Soja als Futtermittel trägt maßgeblich zur weiteren Zerstörung der Urwälder bei, da immer mehr Flächen für den Sojaanbau benötigt werden. Zudem stoßen vor allem Rinder große Mengen Methan aus, welches 25mal klimaschädlicher als CO₂ ist.

WIR FORDERN:

1. Keine weiteren Genehmigungen für neue Massentierhaltungsanlagen.
 - a. Dass die Landesregierung sich auf Bundesebene für gesetzliche Rahmenbedingungen einsetzt, die zu einer weidegebundenen Nutztierhaltung verpflichten.
 - b. Zugleich müssen Maßnahmen ergriffen werden, die verhindern, dass die so ausgelöste Reduzierung der nationalen Fleischproduktion nicht durch Importe kompensiert wird.
2. Die Erhöhung des Anteils des ökologischen Landbaus auf mindestens 30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis zum Jahr 2024.
 - a. In diesem Zuge sollten zudem Maßnahmen ergriffen werden, um innovative Ansätze wie z.B. Permakultur und Agroforstwirtschaft in größerem Stil zu erproben.
3. Einen reduzierten und bedarfsgerechten Einsatz von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln sowie geeigneten Pufferzonen zu natürlichen Ökosystemen.
 - a. Ein Verbot des Einsatzes von Glyphosat und Neonicotinoiden.

BEGRÜNDUNG

Ziel muss die schnelle Reduzierung der Massentierhaltung sein. Da eine Verlagerung dieser in andere Bundesländer oder das Ausland keine Verbesserung bringt, ist der erste wichtige Schritt eine sofortige Beendigung des weiteren Ausbaus. Weitere Schritte müssen folgen. Durch die weidegebundene Nutztierhaltung wird dafür gesorgt, dass die klima- und umweltschädlichen Energiefuttermportale aus Übersee überflüssig werden. Zudem führt dies zur Verringerung der Nutztierbestände in Brandenburg. Somit können in vielerlei Hinsicht Emissionen eingespart werden.

Ökologische Landwirtschaft und eine damit einhergehende naturnahe Fruchtfolge sowie Humusaufbau bewirkt eine höhere CO₂-Speicherfähigkeit der Böden. Doch vor allem erzielt Ökologische Landwirtschaft widerstandsfähige, an eine fortschreitende Erwärmung mit zunehmenden Hitzeextremen und Starkregenereignissen besser angepasste Böden.

Stickstoffdünger sind in der Herstellung äußerst energieintensiv und damit klimaschädlich; hinzu kommt auch, dass, sofern diese zum falschen Zeitpunkt und in falschem Maße eingesetzt werden, ein großer Teil des Stickstoffs in Form des Treibhausgases Lachgas in die Atmosphäre gelangt.

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG QUELLEN



Bild: Tobias Möritz

- Agora Energiewende (2018) **Wert der Effizienz im Gebäudesektor in Zeiten der Sektorenkopplung** (download) https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2017/Heat_System_Benefit/143_Heat_System_benefits_WEB.pdf
- Alt, F., Alt, B., Ballenthien, J., Bertram, M., Blank, C., Bode, W., Borger, K. und andere (2019) Experten, **Waldbesitzer und Verbändevertreter fordern Abkehr von Aufforstung und Holzfabriken**. Offener Brief an die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner vom 10. August 2019.
- Arbeitsgemeinschaft Moorschutzprogramm Brandenburg (2013) **Machbarkeitsstudie Moorschutz für das Land Brandenburg** (download) <https://lfu.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Machbarkeit-Moorschutz-BB.pdf>
- Architektenkammer Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg, Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (2018) **Neun Punkte für eine zielführende Klimaschutz-Gesetzgebung im Gebäudesektor** (download) https://www.akbw.de/fileadmin/download/Freie_Dokumente/Berufspolitik/Stellungnahmen/Neues_Energiesparrecht_AKBW-Staedtetag-DGNB.pdf
- BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2016) **BBSR-Analysen KOMPAKT 09/2016** (download) https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2016/ak-09-2016-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- BDF - Bund Deutscher Forstleute (2019) **Klimakatastrophe: Forstleute rufen Klimanotstand für den Wald aus!** (online) https://www.bdf-online.de/aktuelles/news/klimakatastrophe/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=f77eacea8445cfeb217437110b43c0d0 (9.8.2019)
- BMWi - Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014) **Hoher Energieverbrauch des Gebäudesektors** (online) <https://www.bmwi-energiewende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2014/22/Meldung/hoher-energieverbrauch-des-gebaeudesektor.html> (17.8.2019)
- Bundesregierung (2016) **Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie**. Neuauflage 2016
- DGNB Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (2019) **Stellungnahme der DGNB zum Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes** (download) <https://static.dgnb.de/fileadmin/dgnb-ev/de/aktuell/positionspa-piere-stellungnahmen/DGNB-Stellungnahme-zum-Entwurf-des-GEG-Mai-2019.pdf>

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE BRANDENBURG QUELLEN

- DUH - Deutsche Umwelthilfe (2019) **Sofortprogramm Klimaschutz im Gebäudesektor** (download) https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energieeffizienz/Gebaeude/20190704_Sofortprogramm_Klimaschutz_im_Geb%C3%A4udesektor.pdf
- Heinrich-Böll-Stiftung (2019) **"Wir brauchen eine Rohstoffwende!, Stellungnahme zur Fortschreibung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung"**, (online) <https://klima-der-gerechtigkeit.de/2019/05/22/wir-brauchen-eine-rohstoffwende-stellungnahme-der-heinrich-boell-stiftung-zur-fortschreibung-der-rohstoffstrategie-der-bundesregierung/> (16.8.2019)
- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (2019) **IPCC Special Report on Climate Change, Desertification, Land Degradation, Sustainable Land Management, Food Security, and Greenhouse gas fluxes in Terrestrial Ecosystems Summary for Policymakers**. Approved Draft, Date of draft: 7 August 2019
- IWU – Institut für Wohnen und Umwelt (2018) **Wärmewende jetzt – Der Weg zu einer drastischen Senkung der CO₂-Emissionen im Gebäudesektor** (online) https://www.researchgate.net/publication/331045486_Warmewende_jetzt_-_Der_Weg_zu_einer_drastischen_Senkung_der_CO2-Emissionen_im_Gebaudesektor (18.8.2019)
- KRU – Ressourcenkommission am Umweltbundesamt (Hrsg.) (2016), **"Ein ressourceneffizientes Europa - Ein Programm für Klima, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung"**, (online) https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/kru_ein_ressourceneffizientes_europa.pdf
- Landeshauptstadt Potsdam (2013) **Klimaschutz durch Moorschutz. Ein Handlungsleitfaden für Kommunen** (download) https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/handlungsleitfaden_final_16_12_2013.pdf
- Landgraf, L. (2010) **Wo steht der Moorschutz in Deutschland?** In Zeitschrift "Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg" Heft 3+4/2010, Seite 126-131.
- Landesregierung Brandenburg (2019) **Landesnachhaltigkeitsstrategie**. Fortschreibung 2019
- Loew, Thomas, Formayer, Herbert, Schwanke, Karsten (2019) **Wetter 2018: Weltweit Hitze, Dürre und Überschwemmungen im Zeichen des Klimawandels**. (download) <https://www.scientists4future.org/wp-content/uploads/2019/05/Wetter2018-im-Zeichen-des-Klimawandels.pdf>
- MLUL - Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (2015) **Moorschutz in Brandenburg** (download) https://mlul.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Moorschutz_in_Brandenburg.pdf
- UBA - Umweltbundesamt, (2018) **Ressourcennutzung in Deutschland**, (online) <https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/ressourcenschonung-in-produktion-konsum/ressourcennutzung-in-deutschland> (16.8.2019)
- UBA - Umweltbundesamt (2019) **Treibhausgas-Emissionen in Deutschland** (online) <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4> (16.8.2019)
- Zeiz, J., Zauft, M., Roßkopf, N. (2010) **Die Bedeutung Brandenburger Moore für die Kohlenstoffspeicherung**, in Zeitschrift "Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg – Beiträge zu Ökologie, Natur- und Gewässerschutz", Heft 3, 4 2010, S 202-205